



## Presseinformation

Nr. 066/2008

Kiel, Donnerstag, 28. Februar 2008

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Frauenpolitik

### Günther Hildebrand: Moderne Frauenpolitik ist auch Politik für Männer

In seinem Redebeitrag zu **TOP 11** (Frauenpolitik in Schleswig-Holstein) safte der frauenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Wir hatten eine Ministerpräsidentin - und haben immer noch eine stellvertretende Ministerpräsidentin, wir haben eine Bundeskanzlerin, über´s Radio tönt es „*Frauen regier´n die Welt*“ – man könnte fast annehmen, die Anfrage der SPD zur Frauenpolitik in Schleswig-Holstein sei nicht mehr aktuell.

Doch - weit gefehlt. Frauenpolitik ist immer noch ein Thema – nicht nur in Schleswig-Holstein - . Vielleicht ist es sogar mehr denn je ein Thema – aber ein deutlich komplexeres als noch vor einigen Jahren:

Denn Frauenpolitik ist heute sehr viel mehr als „nur“ Politik für Frauen und von Frauen.

Frauenpolitik heute ist auch Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik,

es ist Politik für Kinder und Familien,

es ist Integrationspolitik,

es ist nicht zuletzt auch Politik für Männer.

Und deshalb freue ich mich, dass das Thema heute auf der Tagesordnung steht.

In Schleswig-Holstein gibt es mehr Frauen als Männer. Der Frauenanteil liegt aktuell bei etwas mehr als 51 %. Da verwundert es nicht, dass die Frauen auch die Arbeitswelt stürmen; immerhin stellen sie 47 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt – zu den vielen Lehrerinnen komme ich später.

Aber: allzu oft werden sie Bürokauffrauen, Einzelhandelskauffrauen, Krankenschwestern oder Friseurinnen. Nicht dass ich etwas gegen diese Berufsbereiche hätte - im Gegenteil. Ich frage mich nur, warum Frauen vornehmlich in diese Bereiche drängen.

Immerhin hat sich der Bildungsgrad der Mädchen in den letzten Jahren deutlich verbessert. In der Anfrage war das zwar nicht abgefragt. Aber ich finde schon, dass es Berücksichtigung finden muss, dass in Schleswig-Holstein die Mädchen bei den höheren Schulabschlüssen mit gut 60 % die Nase vorn haben. Immerhin erreichen gut 26 % das Abitur oder die Fachhochschulreife und gut 35 % einen Realschulabschluss. Bei den Jungen sind es nur 52 %, die einen höheren Abschluss schaffen.

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand**, MdL

www.fdp-sh.de

Trotzdem sind in den Chefetagen Frauen nach wie vor selten zu finden und sind die höheren Einkommensklassen immer noch deutlich Männer dominiert.  
Warum?

Oftmals wird diese Frage ganz pragmatisch beantwortet mit einem Hinweis auf die noch nicht vollständig ausgereifte Kinderbetreuung. Nach dem Motto: Wenn das erst mit der Kinderbetreuung stimmt, dann wird sich der Rest schon von selbst ergeben. Und da ist natürlich auch etwas dran.

Nur: Es gibt auch Frauen – und Männer -, die leben in der Überzeugung, dass sie selbst für ihre Kinder da sein wollen. Die sich bewusst dafür entscheiden, dass die Frau mit ihren kleinen und vielleicht auch etwas größeren Kindern auf die wunderbare Entdeckungsreise zum Großwerden geht und die deshalb die elterliche Betreuung und Erziehung vorziehen.

Das ist eine sehr persönliche Entscheidung.

Da mag sich die „*Gluckenmafia mit den Karrierehühnern*“, wie es im aktuellen Spiegel so emotionsvoll beschrieben wird, noch so heftig streiten.

Jede und jeder hat die Freiheit, persönlich zu entscheiden, wie er sein Elternsein leben möchte.

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein heißt nämlich nicht nur „Frau und Beruf“ bestmöglich unter einen Hut zu kriegen.

Frauenpolitik in Schleswig-Holstein muss auch heißen, die Arbeit von Frauen für und in den Familien zu würdigen, sie anzuerkennen und zu unterstützen.

Damit bin ich beim nächsten Stichwort: Unterstützung.

Um jeglichem Missverständnis vorzubeugen: Ich meine damit nicht die finanzielle Unterstützung in Form der Auszahlung eines Betreuungsgeldes.

Ich meine nicht die so genannte „Herdprämie“.

Diese „Unterstützung“ lehnt die FDP ab.

Denn Sinn und Zweck des Betreuungsgeldes ist es nicht, den Frauen Geld zu verschaffen. Sinn und Zweck des Betreuungsgeldes ist es, „mehr“ für mehr Bildung der Kinder auszugeben:

Mehr Betreuung, mehr frühkindliche Förderung, mehr Chancengleichheit – dafür steht das Betreuungsgeld – für nicht anderes.

Was ich deshalb mit „mehr Unterstützung“ meine, richtet sich eher an die praktische Arbeitswelt und an die Männer. Ich sagte es ja bereits: Frauenpolitik heute ist auch Männerpolitik. Denn nach wie vor ist es ja ganz überwiegend so, dass im Berufsalltag das Familienfoto auf dem Schreibtisch eines Mitarbeiters noch gerne gesehen wird. Aber weitere Einschränkungen sollten sich aus dem Anhang bitte nicht ergeben.

Und damit ruht die Verantwortung für Betreuung und Erziehung der Kinder wieder ganz überwiegend auf den Schultern der Frauen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überlassen gerade wir Männer im Zweifelsfall doch wieder den Frauen – trotz aller Silberstreife am Horizont. Denn wer bleibt in der Regel zu Hause oder bleibt, wenn das Kind einmal krank ist? Oder geht zu Schulveranstaltungen oder Elternabenden?

Natürlich erkenne ich es an, dass in den letzten Jahren auch viele Väter das Elterngeld beantragt haben. Aber es ist auch entlarvend, dass es bislang gerade mal rund 15 % sind, die diesen Schritt machen. Und bis wir in Schleswig-Holstein und in Deutschland so weit sind, dass auch nur die Hälfte der Väter das Angebot einer bezahlten Elternzeit annimmt - und die Arbeitgeber das dann auch noch gut finden – ist es noch ein langer Weg.

Genau da müssen wir – Männer - aber hin, wenn wir die Anerkennung für die Familienarbeit, die Unterstützung der Frauen wirklich ernst nehmen.

Denn eines steht fest: Junge Frauen von heute wollen eine gute Ausbildung, sie wollen berufstätig sein, oftmals müssen sie auch berufstätig sein. Und deshalb müssen wir für Rahmenbedingungen sorgen, die es ihnen ermöglichen, über ihr Leben so frei und unabhängig wie möglich bestimmen zu können. Ohne aber auch mit Familie. Unsere Gesellschaft braucht diese Vielfalt, braucht diese jungen Frauen - übrigens auch aus volkswirtschaftlicher Sicht.

Aus diesem Grund würde ich es sehr begrüßen, wenn wir uns in den Beratungen zu dieser Anfrage auch noch einmal intensiver mit den Maßnahmen auseinandersetzen, die sich mit der Berufsrückkehr von Müttern beschäftigen. Ich denke da beispielsweise an Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten während der Elternzeit.

Es ist ja heute nicht nur so, dass Frauen nach einer gewissen Elternzeit gerne in den Beruf zurückkehren wollen und dann auch nach diesen Jahren noch für den Arbeitsmarkt attraktiv sein müssen.

Viele Lebensentwürfe verlaufen auch nicht mehr ganz so planmäßig ab, wie es einst gedacht war. Ich denke da an die hohe Scheidungsrate und insbesondere die Neuregelungen zum Unterhaltsrecht, an mögliche Arbeitslosigkeit des Lebenspartners etc. . Vor diesen Gegebenheiten dürfen wir auch als Gesellschaft nicht die Augen verschließen und die Frauen dadurch letztlich als Bittsteller stehen lassen. Hier brauchen wir Angebote, die es den Frauen ermöglichen, auch weiter ihre „Frau“ im Alltag zu stehen.

Ein weiterer Aspekt, auf den ich an dieser Stelle den Blick lenken möchte, betrifft eine ganz andere Frauengeneration. Frauen, die in unserem Land leben, die aber ihre Gesundheit und im schlimmsten Fall ihr Leben riskieren, wenn sie sich den Bestimmungen ihrer Familie zu ihrer Lebensplanung z.B. zu einer bestimmten Heirat entziehen.

Um diese jungen Frauen werden wir uns auch in Zukunft sehr kümmern müssen – denn nur gemeinsam mit diesen Migrantinnen wird es uns gelingen, die Parallelgesellschaft aufzubrechen, die sich in Deutschland längst etabliert hat.

Wir – und erst Recht diese Frauen - haben wenig zu verlieren, aber viel zu gewinnen wenn wir sie darin unterstützen, ein selbstbestimmtes, persönlich freies und auch im Berufsleben erfolgreiches Leben zu führen. Es ist der Grund weshalb ich bereits eingangs sagte: Frauenpolitik heute – das ist auch Integrationspolitik.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Thema „Frauen in der Landesverwaltung“ eingehen, allerdings eher kritisch, wenn ich das vorweg schicken darf: Es betrifft den Bereich Frauen und Schule.

*„Im Schulbereich...“, so lesen wir auf Seite 17 und 18, „[im Schulbereich] überwiegen bei den Neueinstellungen und in den jüngeren Altersgruppen in allen Schularten die Frauen. Diese positive Entwicklung zeigt sich inzwischen auch bei den Funktionsstellen im Schulbereich.“*

Ich gebe gerne zu, ich habe diese Stelle mehrfach gelesen. *„Diese positive Entwicklung ...“* – ich glaube, auch unter rein frauenpolitischen Gesichtspunkten lässt sich dieser Bewertung nur schwer zustimmen.

Natürlich ist es erfreulich, dass Frauen in bestimmten Bereichen stark Fuß fassen können, vielleicht sogar stärker als die Männer. Aber ist das gerade im Schulbereich eine erstrebenswerte Entwicklung?

Es ist noch gar nicht lange her, da ließ sich sogar unsere Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave mit den Worten zitieren, *„Wir haben ein Jungenproblem“* – zutreffender wäre es sicherlich gewesen zu formulieren: *„Die Jungen haben ein Problem“*, denn gemeint waren damit die Schwierigkeiten, die insbesondere Jungen an Schulen haben, weil sie ganz überwiegend „nur“ von Frauen unterrichtet werden.

Statt das Hohelied auf die Frauenpolitik im Schulbereich anzustimmen, sollten wir uns daher besser überlegen, wie es uns gelingen kann, (endlich) mehr Männer für

diesen Bildungsbereich zu gewinnen: Angefangen von mehr Erziehern in den KiTas, mehr Lehrern im Grundschulbereich, aber auch auf den weiterführenden Schulen.

Frühkindliche Erziehung und kindliche Bildung, die gleichmäßig von Frauen und Männern vermittelt wird, kann durchaus auch ein Beitrag zu insgesamt mehr Frauenpolitik in Schleswig-Holstein sein. Schon die Kinder lernten, dass diese Arbeit nicht nur „Frauensache“ ist.

Und schon heute wäre es ein Beitrag zu mehr „Gleichberechtigung“.